

## Es geht um mehr als 4 000 verschwundene Frauen

Innerhalb von 5 Tagen wurden im Februar weitere drei Frauen, darunter ein 5-jähriges Kind, in der Ciudad Juárez ermordet

(jk/zapapres, 8. März 2003 – auf der Grundlage des Artikels **ONG de Juárez: más de 4 mil desaparecidas**, von JENARO VILLAMIL in *La Jornada*)

Während auf der nördlichen Seite des Rio Bravo der mit *orange* eingestufte Anti-Terroristen-Alarm der USA die traditionellen grenzüberschreitenden Besuche erschwert, erlebt die **weibliche** mexikanische Bevölkerung auf der südlichen Seite der Grenze bereits seit Jahren die Alarmstufe *Rot*, vermischt mit dem permanenten Gefühl von Wut und Ohnmacht, angesichts der 303 Frauenmorde in der Grenzstadt Ciudad Juárez, verbunden mit dem Verschwinden von mehr als 4.476 Frauen seit 1993.

Das jüngste Opfer, die 5-jährige Brenda Delgado, die vor ihrer Ermordung ebenso wie die beiden anderen zwischen dem 15. und 20. Februar ermordeten Frauen, vergewaltigt worden war, wurde tot auf dem Gelände der Eisenbahn im Stadtzentrum gefunden.

Brenda ist das Mordopfer Nummer 303 in der unheimlichen Statistik der beiden Nicht-Regierungsorganisationen „Casa Amiga“ und „Nuestras Hijas de Regreso a Casa“, die seit 1993 die Familienangehörigen der Mordopfer, aber auch der verschwundenen Mädchen und Frauen unterstützen und juristisch vertreten.

Gleichzeitig führte die Ermordung Brendas zu einer in früheren Jahren ausgebliebenen Reaktion *aller* gesellschaftlichen Gruppen. Selbst die katholische Kirche, die in der Vergangenheit keinerlei Stellungnahme angesichts der fast 10-jährigen Mordwelle gegen junge Frauen abgegeben hatte, zeigte sich zum ersten Mal besorgt.

Angesichts der Straffreiheit, der Korruption und der Passivität der örtlichen Institutionen forderte Rosario Acosta, Leiterin der Organisation „Unsere Töchter kommen nach Hause zurück“ - Nuestras Hijas de Regreso a Casa, die Einschaltung der Bundesbehörden, konkret der Bundesstaatsanwaltschaft.

„Die Nationale Vereinigung demokratischer Anwälte unterstützt uns“ – so Rosario Acosta, „bei der notwendigen juristischen Auseinandersetzung, um so die Einbeziehung der Bundesbehörden zu erreichen“.

Gleichzeitig arbeiten die beiden Nicht-Regierungsorganisationen mit Hilfe der Justisten an der Änderung des Strafrechts, damit das Verschwindenlassen von Menschen als **Straftat** eingestuft werden kann. „Diese Strafrechtsänderung ist notwendig“, erklärte Frau Acosta, „damit die Strafverfolgung nicht wie bisher den subjektiven, persönlichen und daher oft bestechlichen Kriterien der Behörden unterliegt. Wir wollen, dass im Strafrecht des Bundesstaates Chihuahua das Verschwindenlassen von Menschen wie der Straftatbestand der Entführung eingestuft und bestraft wird“.

Frau Acosta, Mutter einer der vor Jahren ermordeten jungen Frauen, deren Mörder noch immer frei herumläuft, begründet die geforderte Strafrechtsänderung mit den fast **vier ein halb tausend Fällen** von verschwundenen jungen Frauen, von denen allein 15 zwischen Januar und März dieses Jahres verschwanden.

Gleichzeitig unterstrich Esther Chávez Cano, Leiterin der NGO „Casa Amiga“ die Notwendigkeit von präventiven Maßnahmen, um das Verschwinden junger Mädchen und Frauen zu verhindern, vor allem angesichts der Passivität und Gleichgültigkeit der Behörden. Geplant ist die verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung im allgemeinen und der Stärkung von Frauen und Mädchen im konkreten, vor allem in den Schulen.

Doch das Eingreifen und die Arbeit der sozialen Organisationen und Bewegungen reicht – so die pessimistische Einschätzung von Frau Chávez – nicht aus, um ein ausreichend starkes Gegengewicht zum herrschenden Klima von Gewalt und *Frauenfeindlichkeit* in der Gesellschaft und im familiären Bereich herzustellen.

Dieses Klima von *tolerierter* Gewalt und Frauenfeindlichkeit drückt sich auch in den Stellungnahmen der Behörden aus. So erklärte vor kurzem Jesús Chito Solís, Staatsanwalt des Bundesstaates, dass die Frauenmorde und das Verschwinden von Frauen ähnlich wie Autodiebstähle nicht verhindert werden könnten!!

In den vergangenen Tagen kam es zu täglichen Demonstrationen von Eltern, LehrerInnen und Kindern, die nach dem Mord an Brenda auf Plakaten und Transparenten „mehr Sicherheit für Kinder“ und das „Ende der Verbrechen“ forderten und den für uns *hier* kaum verständlichen Wunsch äußerten, „Ohne Angst vor dem Entführt- oder Ermordet -Werden zur Schule gehen zu können“.

Mit 10-jähriger Verspätung beginnt jetzt auch die Maquiladora-Industrie der Region einige Schutzmaßnahmen für ihre Arbeiterinnen einzuführen, nachdem sich das Klima der Unsicherheit und Gewalt, das in Ciudad Juárez herrscht, auch auf diesen Wirtschaftszweig auswirkte, von dem 70 Prozent der lokalen Ökonomie abhängen.

Einige Maquiladora-Unternehmen, darunter die *Lear-Corporation* organisierten für ihre Arbeiterinnen Kurse in Selbstverteidigung – doch erst nachdem Ivette Gonzáles, Arbeiterin dieses Unternehmens, ermordet worden war.

Für Rosario Acosta sind die Maquiladoras Teil des Gewaltproblems. „Die transnationalen Maquiladora-Unternehmen“, erklärte sie, „haben in unserem Land alle Rechte und keinerlei Verpflichtungen. Keines der Unternehmen fühlt sich für den Anfahrts- und Heimweg der Arbeiterinnen verantwortlich. Doch viele der ermordeten Frauen wurden auf dem Weg zur oder von der Arbeit überfallen, verschleppt, vergewaltigt, ermordet“.